



# Schlechte Chancen für junge Grundschullehrerinnen und –lehrer

## GEW fordert langfristige Personalplanung!

Die heute bekannt gegebene Einstellungsnote von mindestens 2,09 für erfolgreich ausgebildete Grundschullehrerinnen und –lehrer bedeutet Arbeitslosigkeit für 56 Prozent der Betroffenen. Diese rigide Einstellungspolitik ist eine kurzsichtige Reaktion auf das vermeintliche Überangebot an Grundschullehrerinnen und –lehrern. Tatsächlich besteht nach wie vor ein erheblicher Bedarf an besserer Betreuung für die Kleinen in der Grundschule. An Realschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen dagegen besteht ein eklatanter Mangel an Lehrkräften. Daher ist die Einstellungssituation für Lehrerinnen und Lehrer an diesen Schularten zur Zeit günstig.

Dieses Ungleichgewicht in der LehrerInnenversorgung an den verschiedenen Schularten ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen falschen Haushalts- und Personalpolitik der bayerischen Staatsregierung. Als hätte sich diese Entwicklung nicht seit Jahren abgezeichnet steht man jetzt hilflos der Erkenntnis gegenüber, dass nicht einmal der Pflichtunterricht mit den zur Verfügung stehenden Lehrerinnen und Lehrern abgedeckt werden kann. Nun ist jedes Mittel recht, den eklatanten Mangel nach außen hin zu kaschieren:

- Schulleitungen und Schulämter sind gehalten, den Markt abzugrasen: Teilzeit wird nicht mehr oder nur eingeschränkt genehmigt, beurlaubte und pensionierte Lehrkräfte sollen (re-)aktiviert werden und möglichst auf Abruf zur Verfügung stehen.
- Wenn alle erkennbaren Möglichkeiten ausgeschöpft sind, sollen "externe Vertretungskräfte" ausfindig gemacht werden. Plötzlich sind auch Lehrkräfte aus anderen (Bundes-)Ländern, deren Qualifikationen bisher hochnäsiger nicht anerkannt wurden, für den bayerischen Schuldienst geeignet. Auch andere AkademikerInnen ohne jede pädagogische Qualifikation, sowie LehramtsstudentInnen, an Berufsschulen auch MeisterInnen, TechnikerInnen oder vergleichbar ausgebildete Personen dürfen plötzlich unterrichten.
- In Mittel- und Unterfranken sollen sogar Dienstleistungen von Leiharbeitsfirmen in Anspruch genommen werden. Dabei reicht es aus, „die Gewähr für einen angemessenen Umgang mit den Jugendlichen zu bieten und über die notwendige Fachkompetenz zu verfügen.“

„Das ist für uns in der GEW völlig inakzeptabel“, so Gele Neubäcker, Vorsitzende des Landesverbands Bayern, „denn die SchülerInnen haben einen Anspruch auf fachlich und pädagogisch gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer über einen längeren Zeitraum, mindestens für ein ganzes Schuljahr.“

Erfolgreich ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, auch wenn sie nicht über ein bayerisches Staatsexamen verfügen, haben einen Anspruch auf einen Arbeitsplatz mit Perspektive und auf angemessene Bezahlung. Wir erinnern das KM daran, dass wir seit Jahren eine langfristige Personalplanung fordern. Auch eine von uns immer wieder geforderte schulartübergreifende LehrerInnenbildung würde dazu beitragen, flexibler auf Engpässe auf dem Arbeitsmarkt Schule reagieren zu können.“

*Elke Hahn*

*Presseinformation Nr. 010/08 v. 17.7.2008*

### **Pressekontakt:**

Elke Hahn  
GEW Landesverband Bayern  
Schwanthaler Str. 64  
80336 München  
Tel: 089 54 40 81 0  
Mail: [elke.hahn@bayern.gew.de](mailto:elke.hahn@bayern.gew.de)  
[www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)